



Von Gerd Peter Mayer

Parteidisziplin und antifaschistischer Kampf

Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Beispiel Düsseldorf

Im Folgenden soll eine kritische Analyse des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus am Beispiel Düsseldorf versucht werden. Der Schwerpunkt liegt auf dem proletarischen Widerstand, da er unbestritten den deutlichsten Anteil und zeitweise das Potenzial besaß, das NS-Herrschaftssystem nachhaltig zu erschüttern. Es wird hier also nicht nur um die Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung gehen, sondern nicht zuletzt um durch den NS selbst hervorgebrachte Widerstandspotenziale und die Frage inwieweit sich beide jeweils aufeinander bezogen.

Schon vor 1933 hatte die politische Situation in Düsseldorf Besonderheiten aufzuweisen, die Auswirkungen auf den Widerstand haben sollten: Im April 1917 war der überwiegende Teil der Sozialdemokraten zur USPD gewechselt, die dann 1920/22 größtenteils zur KPD übergingen. Infolgedessen entwickelte sich die Stadt in der Weimarer Republik zu einer kommunistischen Hochburg, und von 1930 bis 1932 war die KPD hier die stärkste Partei. Bemerkenswert ist, dass die KPD etwa doppelt so stark war wie die SPD, während die Verhältnisse im Reich ansonsten umgekehrt lagen.

Daneben wirkte sich auch die unterschiedliche politische Ausrichtung, die beide Parteien insbesondere seit Ende der 1920er Jahre in eine scharfe Frontstellung zueinander brachte, auf den Charakter ihres antifaschistischen Widerstandes aus: Während die KPD eine revolutionäre

Überwindung des kapitalistischen Systems anstrebte, begriff sich die SPD – zu Recht – als Begründerin und Verteidigerin der Republik und ihrer demokratischen Verfassung.

Sozialdemokraten

Angesichts der legalen Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 wurde von der SPD erst einmal eine abwartende Haltung eingenommen, und die Partei arbeitete zunächst auf die für den 5. März 1933 anberaumten Reichstagswahlen hin. Zwar waren noch alle Parteien zugelassen, aber die NSDAP verbreitete Wahlpropaganda mit Hilfe des Staatsapparates, während die anderen Parteien massiv behindert wurden.

Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde zum Anlass genommen, vor allem Kommunisten, doch bald auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu inhaftieren.

Am 3. März 1933 wurde die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ verboten. Dennoch konnten SPD und KPD bei der Reichstagswahl am 5. März und auch bei den eine Woche später stattfindenden Kommunalwahlen ihren Stimmenanteil halten. Die NSDAP ging aber, dank erhöhter Wählermobilisierung, als klare Siegerin hervor. Wenig später wurde der 1. Mai – der traditionelle Kampftag der Arbeiterbewegung – zum bezahlten Feiertag



erklärt, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) rief dazu auf, an den Mai-Feierlichkeiten teilzunehmen. Schon am Tag darauf wurden die Gewerkschaften zerschlagen, Funktionäre verhaftet und die Volkshäuser durch die SA besetzt.

Infolgedessen war es in der SPD-Führung im Mai 1933 zu heftigen Kontroversen zwischen einem Flügel gekommen, der weiterhin legal arbeiten, und einem Flügel, der den NS-Staat bekämpfen wollte. Der Streit wurde erst durch das am 22. Juni 1933 erfolgte Parteiverbot beendet. In Prag wurde ein Exilvorstand gebildet, der illegale Arbeit zu organisieren begann – und mit Unterstützung nach Holland emigrierter Funktionäre wurden auch in Düsseldorf illegale SPD-Gruppen aufgebaut. In erster Linie wurde aber versucht, durch lose verbundene Diskussionszirkel Reste der Parteiorganisation zu bewahren und den anfangs erhofften schnellen Untergang des Regimes abzuwarten.

Einige Sozialdemokraten begannen dennoch damit, illegale Druckschriften zu verbreiten. Besonderes Aufsehen erregte die Verhaftung von Arbeitern der Duisburger Brotfabrik "Germania", die neben der Auslieferung von Backwaren auch Schriften der SPD verteilten. Zahlreiche illegale Gruppen wurden aufgerollt und über 600 Verhaftungen vorgenommen.

Anfang und Mitte 1935 wurden in Düsseldorf die letzten SPD-Gruppen zerschlagen, die im Exil hergestelltes Material verbreiteten. Obwohl diese Publikationen, bis sie die Leser erreichten, meist den Ereignissen weit hinterherhinkten, wurden durch Sozialdemokraten keine örtlichen Druckschriften hergestellt. Ab Mitte 1935 registrierte die Gestapo schließlich keinerlei aktive SPD-Widerstandsgruppen mehr in Düsseldorf.

Auf einer Konferenz der SPD in Almelo/Holland wurde im Sommer 1936 erklärt, dass die Partei sich auf die Aufrechterhaltung kleiner Zirkel beschränken solle, die von der Exilleitung durch die Herausgabe ihrer Deutschland-Berichte unterstützt würden. Diese waren von 1934 bis 1940 regelmäßig erscheinende Zusammenfassungen von Meldungen örtlicher SPD-Korrespondenten mit zum Teil exakten Analysen der Zustände im NS.

Kommunisten

Während die Aktivitäten der illegalen SPD vor allem defensiv ausgerichtet waren, setzte die KPD sofort auf offensiven Widerstand.

Von der KPD wurden in Düsseldorf bereits wenige Stunden nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mehrere Demonstrationen aus den Arbeitervierteln in die Innenstadt in Bewegung gesetzt – erst dort gelang es der Polizei, sie aufzulösen. Die Größe der Demonstrationen dokumentierte deutlich die Mobilisierungsfähigkeit der KPD. Ein Aufruf zum Generalstreik wurde hingegen nur in einer Abteilung der Phönixwerke befolgt, da zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Drittel der KPD-Mitglieder lohnabhängig beschäftigt war.

Vier Wochen später setzten nach dem Reichstagsbrand Massenverhaftungen von KPD-Funktionären und prominenten Mitgliedern ein. Die Parteibüros wurden geschlossen – die Presse verboten. Die meisten Spitzenfunktionäre des Bezirks konnten zunächst abtauchen. Verhaftet wurden vor allem mittlere Funktionäre, die im Fall des Parteiverbots für die Reserveleitung vorgesehen waren. Verbindungen zwischen Parteibasis und Führung waren zunächst unterbrochen. Nicht selten setzten untere Funktionäre aber die Beitragskassierung einfach fort und warteten auf Anweisungen. So wurden beispielsweise im Stadtteil Eller im März 1933, trotz der Repression, noch 90 % der Mitgliedsbeiträge kassiert.

Im April und Mai 1933 gelang es dann einer neuen Parteileitung, 20 Stadtteilgruppen zu reorganisieren und zahlreiche illegale Druckschriften in zum Teil beträchtlicher Auflage in Düsseldorf herzustellen und zu verbreiten. Bis Juni 1933 war die KPD zu einer unter den Bedingungen der Illegalität effektiven Organisation ausgebaut. Nachdem aber bei einem "Oberinstrukteur" mehrere Koffer mit bürokratisch penibel aufbewahrten Briefen und Protokollen illegaler Treffen gefunden wurden, gelang innerhalb weniger Wochen die Festnahme fast der gesamten Düsseldorfer Parteileitung und von über 90 Mitgliedern.

Während der Massenverhaftungen von Juni/Juli 1933 wurden auch viele Stadtteilgruppen aufgerollt. Der Unterbezirk Düsseldorf-Gerresheim überstand die Verhaftungswelle indes fast unbeschadet und konnte die Arbeit noch ein weiteres Jahr fortsetzen. Es wurden zwar schnell Ersatzleute gefunden, um entstandene Lücken zu füllen, aber auch diese wurden oft bald verhaftet und machten eine Reorganisation nötig. Dennoch blieb die illegale KPD in Düsseldorf von Sommer 1933 bis Sommer 1934 relativ stabil.

In einem Bericht des Politischen Sekretärs der KPD im Bezirk Niederrhein wurde Mitte 1934 die illegale Arbeit resümiert. Danach betrage die Mitgliederzahl noch etwa 10 bis 12 % des Bestandes von 1931, wobei die Zahl der durch Beiträge erfassten Mitglieder sogar steige. Die illegale Zeitung "Freiheit" erscheine zwar unregelmäßig, werde dann aber in Auflagen von 4.000 bis 5.000 Exemplaren verbreitet. Auch die Menge der verteilten Flugblätter und Broschüren sei stabil geblieben.

Es lässt sich allerdings feststellen, dass, obwohl in Düsseldorf auch 1934 kommunistische Druckschriften hergestellt wurden, die Auflagen bereits stark rückläufig waren. Im Jahr darauf wurden nur noch insgesamt sieben in der Stadt hergestellte Schriften verbreitet, während der größte Teil des verteilten Materials nun aus dem Ausland kam.

Von Ende 1934 bis Februar 1935 gelang es der Gestapo, durch den Einsatz von Spitzeln fast alle KPD-Stadtteilgruppen in Düsseldorf zu zerschlagen. Anfang 1935 wurde auch nahezu der gesamte Unterbezirk Düsseldorf-Gerresheim mit seinen neun Stadtteilgruppen aufgerollt. Die Verhaftungswelle ließ die Unterbezirksleitungen in Düsseldorf und Gerresheim weitgehend zusammenbrechen.



Bereits im März war die gesamte KPD-Inlandsleitung verhaftet worden, und bis Mitte 1935 wurden schließlich auch die drei Bezirksleitungen im Westen zerschlagen. Die Bemühungen, die Partei wenigstens notdürftig im Untergrund zu erhalten und Widerstand zu leisten, waren damit spätestens Mitte 1935 gescheitert.

Die Auslandsleitung der KPD ordnete wegen dieser Massenverhaftungen die Herausnahme aller noch im Reich tätigen Funktionäre an. Der Kontakt zu den zersplitterten Resten der KPD in Düsseldorf sollte von Holland aus gehalten werden. Es wurden nun nach außen hin völlig abgeschottete Gruppen aufgebaut. Diese Gruppen arbeiteten mit loser Verbindung zur Auslandsleitung und beschränkten sich im Wesentlichen auf die Aufrechterhaltung ihres Zusammenhanges. Daneben wurde die so genannte Taktik des Trojanischen Pferdes propagiert, wonach kommunistische Zellen durch ihren Einbau in NS-Organisationen getarnt und zugleich zersetzend tätig werden sollten. Die meisten Mitglieder folgten dieser Parole nicht und beschränkten sich auf ihre Diskussionszirkel, die in Düsseldorf noch bis in die zweite Kriegshälfte hinein bestanden.

Linke Kleinorganisationen

Gerade den linken Kleinorganisationen, wie etwa der "Kommunistischen Partei Opposition" (KPO) oder der in Düsseldorf traditionell starken, anarchosyndikalistischen "Freien Arbeiter Union Deutschlands" (FAUD) gelang es, ihre Widerstandsarbeit deutlich länger aufrecht zu erhalten. Diese Gruppen waren viel stärker auf langjährige Freundeskreise gestützt und so besser gegen Denunziation und Infiltration abgeschottet als etwa die KPD, die zudem viel Kraft darauf verwandte, ihre Parteiorganisation zumindest in Ansätzen zu erhalten. Die Gruppe der KPD-O wurde aber dennoch im Herbst 1936 und die illegale Struktur der FAUD, die zeitweise eine eigene Druckerei und recht effektive Fluchthilfenetze organisiert hatte, dann Anfang 1937 zerschlagen.

Arbeiteropposition

Unabhängig von den Organisationen der Arbeiterbewegung entwickelte sich in den Betrieben ab 1936 eine neue Form selbst organisierter Widerständigkeit. Diese "Arbeiteropposition" entstand, weil die Exilleitungen von SPD und KPD nicht in der Lage waren weiterhin mit ihren Mitgliedern zu kommunizieren und so politische Führung auszuüben, aber auch weil sich Mitglieder weigerten, einer als gescheitert oder nicht legitimiert erachteten Führung zu folgen.

Die sich parallel zur NS-Machtübernahme abzeichnende weltweite Hochkonjunktur und insbesondere die in Deutschland in Gang gesetzte Rüstungskonjunktur, hatte ab 1936 zur Vollbeschäftigung geführt, wodurch auch die politische Zusammensetzung der Belegschaften wieder in etwa der vor der Weltwirtschaftskrise entsprach. Als Quelle der Rüstungsfinanzierung war es jedoch

erforderlich, die Massenkaukraft auf ein möglichst niedriges Niveau zu drücken, so dass die Reallöhne erst 1939 wieder das Niveau vor der Weltwirtschaftskrise 1929 erreichten.

Wie sich diese Situation auf die Stimmung in den Belegschaften auswirkte, wird am Beispiel der Wahlen zu den von den Nazis eingerichteten "Vertrauensräten" recht deutlich, die freilich wenig mit den aufgelösten Betriebsräten gemein hatten. Sie waren keine Interessenvertretung der Belegschaft und der jeweilige "Betriebsführer" besaß automatisch die Leitung. Zur Abstimmung stand auch nur eine Einheitsliste, die der "Betriebsführer" mit der Deutschen Arbeitsfront abstimmt.

In Düsseldorf wurden bei den Vertrauensratswahlen im Frühjahr 1935 zum Teil verheerende Ergebnisse für die Nationalsozialisten erzielt: So hatten sich insgesamt nur etwa 90% der Arbeiter an den Wahlen, trotz Wahlpflicht, beteiligt. Bei Henkel erzielte die Einheitsliste nur eine Zustimmung von 68,8%. Im Preß- und Walzwerk gewann ein NSDAP-Ortsgruppenleiter gerade einmal 488 Ja-Stimmen, bei insgesamt 1.154 ungültigen Stimmzetteln. Bei Jagenberg wurden die Ersatzleute gewählt, was die Direktion nicht anerkannte und daher einen "kommissarischen Vertrauensrat" einsetzte. Die Vertrauensratswahlen für 1936 wurden auf unbestimmte Zeit verschoben und sollten nie mehr stattfinden.

Über die Lage in den Betrieben meldeten die "Deutschland-Berichte" der SPD im April 1935, dass "Ansätze zu neuen Formen des Klassenkampfes gegeben" seien. Diese reichten von individuellen Formen, wie sie im Anstieg der Krankenstände oder Disziplinlosigkeiten am Arbeitsplatz zum Ausdruck kamen, über kollektives Langsamarbeiten und Sabotage bis hin zu Streikaktionen. Die Übergänge zwischen einer Verweigerungshaltung, aus betrieblichem Klassenkampf bestehender vorklassischer Opposition und politischem Widerstand waren dabei fließend.

Zwar versuchten sowohl SPD als auch KPD mit Aufrufen zum Langsamarbeiten in den Betrieben zu intervenieren, aber die Reste der illegalen KPD standen meist abseits von der aufkeimenden sozialen Bewegung, die in ihrer potenziellen politischen Dimension nicht erkannt wurde. So gelang es nicht, den wirtschaftlichen Klassenkampf auf eine breite Grundlage zu stellen und ihn in einen politischen Kampf gegen das Regime zu verwandeln.

Die kollektiven Aktionen der Arbeiteropposition entstanden in einem schwer fassbaren Feld zwischen Spontaneität und Planung. Sie bedurften zu ihrer Vorbereitung keiner festen Organisation, waren aber ohne Absprache auf Betriebs- oder Abteilungsebene undurchführbar. In einem Bericht aus dem Rheinland beschrieben die "Deutschland-Berichte" der SPD die Formen der Organisation folgendermaßen: "Es gibt eigentlich schon eine Organisation, die im wirklichen Sinne des Wortes keine ist und die doch besteht, weil die Grenzen gegen die Außenstehenden gezogen sind."

Auch in Düsseldorf kam es zu Arbeitsniederlegungen, wie beispielsweise bereits Ende November 1934 in einer Abteilung der Gerresheimer Glashütte infolge von Gerüchten über einen geplanten Lohnabbau. Die weitaus



meisten Streiks fanden von Ende 1935 bis 1937 statt. In Düsseldorf wurde den "Deutschland-Berichten" der SPD zufolge sogar noch im Herbst 1938 in einer nicht näher bezeichneten Werkzeugmaschinenfabrik nach einem Streit um Bezahlung von Überstunden die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaft ließ sich weder durch prominente Nazis, noch durch die Gestapo einschüchtern, so dass eine teilweise Durchsetzung der Forderungen gelang. Durch Verstärkung der Repression und die seit 1937 zunehmende Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter, gelang es dem Regime aber schließlich, die Arbeiteropposition zurück zu drängen. Der Austausch der Belegschaften seit Kriegsbeginn durch Einberufungen einerseits und der Heranziehung von Zwangsarbeitern andererseits taten dann ihr Übriges, um die Kampfbedingungen in den Betrieben nachhaltig zu verändern.

Edelweißpiraten

Neben den in der Arbeiteropposition entstandenen "neuen Formen des Klassenkampfes" hatten sich um 1936/37 auch neue Formen gegenkulturellen Ausdrucks unter Jugendlichen herausgebildet. Diese Jugendlichen wollten ein selbstbestimmtes Leben führen, ohne sich den Ritualen, der Disziplin und den Zwangsorganisationen des Regimes zu unterwerfen, wenn auch daraus zunächst meist eher eine partielle Ablehnung, als eine prinzipielle Gegnerschaft zum NS folgte. Diese als "Edelweißpiraten" bekannt gewordenen Gruppen griffen bündische Symbole und Handlungsmuster auf, ohne aber dass eine ideelle oder personelle Kontinuität bestanden hätte, gerieten aber infolgedessen schnell in Konflikt mit Hitlerjugend und Gestapo. In Westdeutschland waren sie bereits in den 1930er Jahren so stark, dass in Düsseldorf eine "Zentrale zur Bekämpfung der Bündischen Jugend" eingerichtet wurde. Bis Kriegsende gelang es den Nazis aber nicht mehr, diese sich außerhalb der Hitlerjugend stellenden, wilden Gruppen in den Griff zu bekommen, die trotz Repression immer mehr anwuchsen.

Welche Dimension diese jugendliche Subkultur besaß, wird anhand einer im Dezember 1942 von der Gestapo durchgeführten Razzia deutlich, bei der allein in Düsseldorf zehn Gruppen mit insgesamt 283 Jugendlichen aufgelöst wurden.

Gerade die Repression veranlasste einen Teil der Edelweißpiraten, den Schritt von einer Protest- und Verweigerungshaltung zum Widerstand zu machen: Etwa 1940/41 kamen Mitglieder einer Gerresheimer Gruppe mit illegalen Funktionären der KPD in Kontakt, die gehört hatten, "daß in Düsseldorf und Umgebung eine Organisation bestehe, die sich Edelweißpiraten nenne" und zunächst einmal der Frage nachgingen, was es damit auf sich habe. Die KPD-Funktionäre versuchten schließlich, darauf hinzuwirken, dass die Jugendlichen die HJ unterwandern und zersetzen sollten, was aber mehr ihren eigenen Konzepten als den Vorstellungen der gerade in Opposition zur HJ ent-

standenen Edelweißpiraten entsprach. Dennoch beteiligten sie sich nach politischen Diskussionen an der Verbreitung antifaschistischer Flugblätter und Klebezettel, malten Parolen und versuchten, Gruppen in anderen Stadtteilen und nahegelegenen Städten für den Widerstand zu gewinnen. Anfang 1943 wurden die im Widerstand aktiven Edelweißpiraten jedoch zusammen mit Kommunisten durch die Gestapo verhaftet.

KPD im Krieg

Das erneute Aufleben des KPD-Widerstandes ging auf einen Beschluss des Zentralkomitees in Moskau im Dezember 1939 zurück, wonach die Auslandsleitungen aufzulösen und ihre Funktionäre zurück ins Reich zu schicken seien. Nach sorgfältiger Vorbereitung hatte die Abschnittsleitung in Amsterdam ab Sommer 1941 ein Widerstandsnetz im Raum Düsseldorf-Wuppertal aufgebaut. Seit Januar 1942 wurden wieder kommunistische Streuzettel, Flugblätter und Plakate verbreitet und das KPD-Organ "Freiheit" sowie der als überparteilich deklarierte "Friedenskämpfer" monatlich in kleinen Auflagen verbreitet.

Da die Gruppe vor allem versuchte, Indizien für spontane Protestformen auszumachen, die durch das NS-Regime selbst hervorgebracht wurden, erkannte sie – anders als die übrigen KPD-Widerstandsgruppen – die große Bedeutung der Jugendopposition. Sie geriet dadurch aber in Konflikt mit dem Moskauer Exil-ZK und vertrat zuletzt die Position, dass eine gründliche Erneuerung der KPD aus der inneren Widerstandstätigkeit heraus erfolgen müsse. Im Mai 1942 stieß die Gestapo auf die ersten Spuren der illegalen Organisation, und es gelang ihr schließlich, sie mit zwei Spitzeln zu infiltrieren. Das führte Anfang 1943 zur Festnahme von über 70 Mitgliedern der "KPD im Westen".

Zwangsarbeiter-Widerstand

Der Krieg brachte eine weitgehende Veränderung der politisch relevanten sozialen Strukturen. In immer stärkerem Ausmaß wurden Arbeiter als Soldaten eingezogen und durch ausländische Arbeiter ersetzt. So waren im September 1944 schließlich fast 20% aller in Düsseldorf beschäftigten Menschen Zwangsarbeiter, mit einem deutlichen Überhang in der Industrie. In der Regel wurden sie unter katastrophalen hygienischen Bedingungen in umzäunten und bewachten Lagern untergebracht und mussten bei miserabler Ernährung 60 Stunden Schwerarbeit pro Woche leisten. Daher versuchten sie häufig, ihre Arbeitsleistung zu reduzieren, den Arbeitsplatz zu wechseln oder ganz unterzutauchen. Spätestens seit Herbst 1942 wurde die Flucht von Zwangsarbeitern zu einem regelrechten Massenphänomen. Neben solchen Versuchen individueller Verweigerung wurden aber auch zahlreiche kollektive Aktionen wie Sabotage oder Arbeitsniederlegungen durchge-



führt. So kam es während des Krieges mehrfach zu Anzeigen ganzer Gruppen von Zwangsarbeitern wegen "Arbeitsverweigerung" durch Düsseldorfer Betriebe.

Bei der Gestapo war eine eigene Abteilung mit der Überwachung der Zwangsarbeiter befasst, die über die "Abwehrbeauftragten" der Großbetriebe sowie in fast allen größeren Lagern angeworbene Spitzel versuchte, die Situation unter Kontrolle zu halten. Insbesondere seit der deutschen Niederlage von Stalingrad entstand eine geradezu panische Angst vor Ausländerunruhen, die sogar in konkrete Vorbereitungen für den Fall größerer Revolten mündete.

Tatsächlich entstanden in der zweiten Kriegshälfte mehrere Widerstandsgruppen unter Zwangsarbeitern. Allein vom 1. Januar bis 30. September 1944 wurden durch die Gestapo in Düsseldorf 169 Personen wegen "illegaler Betätigung unter Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen" verhaftet. Dabei gelang es ihr unter anderem, in das von Düsseldorf aus überregional agierende "Komitee Kampf dem Faschismus" einzubrechen, das in seinem Aktionsprogramm die Vernetzung mit Zwangsarbeitern und deutschen Kommunisten vorsah, um schließlich Partisanen-Einheiten zu bilden und den Aufstand vorzubereiten.

Eine Zusammenarbeit von Widerstandsgruppen deutscher und ausländischer Arbeiter kam indes praktisch nicht zustande, da sich einerseits das soziale Milieu des organisierten deutschen Widerstandes durch den Krieg in Auflösung befand und andererseits die soziale Lage von deutschen und ausländischen Arbeitern zu verschieden war, um zum Ausgangspunkt für gemeinsames Handeln zu werden.

Antifako

Eine Ausnahme bildete die im Sommer 1944 in Düsseldorf entstandene "Antifaschistische Kampforganisation" (Antifako), die sich erfolgreich um Vernetzung mit dem Zwangsarbeiterwiderstand bemühte und bei Kriegsende etwa 100 Ostarbeiter versteckt hielt. So schrieb **Hermann Smeets** vom Antifako rückblickend im Dezember 1945 über den Widerstand in den Klöcknerwerken, wo seit Mitte 1944 zu Zwangsarbeitern verschiedener Nationalität Verbindungen aufgebaut worden waren:

"Durch den Verbindungsmann, [...] gab die Gruppe Anweisung für Arbeitssabotage [und] arbeitete Forderungen für den Betrieb aus. [...] Der Verbindungsmann brachte unsere Flugblätter in den Betrieb. "

Die Antifako bestand zunächst aus zehn Aktiven mit einem Umfeld von etwa achtzig Unterstützern. In gewisser Hinsicht bündelten sich in der Gruppe die im proletarischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen: Die Gruppe war nicht aus einer politischen Organisation, sondern aus einem langjährigen Freundeskreis von Arbeitern und Handwerkern entstanden, der – von sozialistischen und kommunistischen Ideen inspiriert – versuchte, Widerstand an den durch das Regime selbst

erzeugten Widersprüchen zu entwickeln. Als eine der wenigen Gruppen in Düsseldorf gelang es der Antifako daher auch, sich mit Zwangsarbeitern zu vernetzen.

Im Wesentlichen trat die Antifako in den letzten Kriegstagen hervor, als sie die Sprengung mehrerer Brücken verhinderte und Kontakt zu den US-Truppen auf der linken Rheinseite aufnahm – von wo Düsseldorf noch sechs Wochen bis Kriegsende beschossen wurde –, um sie zum Einmarsch in die Stadt zu bewegen. Kurz vor dem Einrücken der US-Verbände verteilten sie dann Flugblätter, die dazu aufriefen, weiße Fahnen rauszuhängen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Nach 1945

Unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Truppen in Düsseldorf am 17. April 1945 wurde Hermann Smeets zum provisorischen Oberbürgermeister ernannt und beauftragt, einen "Zehnerausschuss" aus Antifaschisten als Beratergremium der Besatzungsbehörde zu bilden.

Die Antifako wuchs innerhalb kürzester Zeit auf mehrere hundert Mitglieder an, und der "Zehnerausschuss" wurde zum Mittelpunkt zahlreicher Antifa-Gruppen und Bürgerausschüsse. Die Antifa-Bewegung wirkte durch ihren engen Bezug auf ein begrenztes, überschaubares Lebensumfeld basisdemokratisch und besaß einen überparteilichen Charakter – auch wenn sie politisch deutlich linksorientiert war. So forderte die Antifako in einem 20-Punkte-Programm neben der Entfernung des Nazigeistes aus dem öffentlichen Leben, umfassende Meinungsfreiheit und Zulassung freier Organisationen (Parteien blieben bemerkenswerterweise unerwähnt). Daneben wurde die Sozialisierung von Schwerindustrie, Banken und Großgrundbesitz gefordert und als Ziel die "Schaffung einer freien deutschen demokratischen Volksrepublik" formuliert.

Parallel zur Antifa-Bewegung war eine Betriebsrätebewegung entstanden, die bald 50.000 Beschäftigte in über 80 Betrieben repräsentierte und eng mit der Antifa zusammenarbeitete.

Obwohl als Beratergremium der Besatzungsbehörde eingerichtet, wurde der "Zehnerausschuß" zunehmend zum Ausgangspunkt für Versuche, eigenständige Politik "von unten" durchzusetzen. Dadurch geriet er nicht nur in Konflikt zur alliierten Aufsicht, sondern auch parteipolitischer Druck – nicht zuletzt durch die wiedergegründete KPD – nahm zu. Im Oktober 1946 verfügte die Besatzungsverwaltung die Auflösung aller "Bürgerausschüsse" und damit auch der Antifa-Gruppen. Begründet wurde die Maßnahme damit, dass mit der Parteienbildung und den ersten Kommunalwahlen die Antifa "überflüssig" geworden sei. In Düsseldorf hatte sich die Antifa-Bewegung damit aber noch verhältnismäßig lange halten können, da die in zahlreichen anderen Städten ebenfalls aus Widerstandsgruppen hervorgegangene Antifa-Bewegung in der Regel bereits 1945 aufgelöst worden war – und das in allen vier Besatzungszonen gleichermaßen.

